

Wilsdruffer Tageblatt

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Geldabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pf., monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Postämter monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Postumschlag. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Postträger und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse der Besetzung der Druckerei, der Liefern oder der Zustellungsmittel — bei der Besetzung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in bestimmten Umständen aber nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pf. / Jahressubskriptionen sind nicht persönlich zu widerrufen, sondern nur auf Verlangen, die Geschäftsstelle, 48. / Unregelmäßige Lieferungen werden unterrichtet. / Berliner Vertriebsstelle: Berlin E. 28. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt
Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Intensionspreis 2 Pf. für die ungesaltene Korpusseite oder deren Raum, Leinwand 1 Pf., Kollagen 45 Pf., alles mit 6% Verzugszuschlag. Zeitungs- und tabellarischer Satz mit 50% Zuschlag. Bei Wiederholung und Jahresverträgen entsprechender Rabatte. / Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spalten 40 Pf., bei 25 Pf. / Anzeigen- und Anzeigenblätter 20 bis 30 Pf. / Telefonische Anzeigen-Verträge schließt sehr baldmöglichst aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Zeilensatz für den Raum 6 Pf., für die Postanfrage 3 Pf. / Für den Einsetzen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Große Anzeigenblätter 25% Zuschlag ohne Rabatt. / Die Rabatte und Anzeigen haben nur bei Besetzung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Zeit, gerätliche Einstellung, gemessene Anzeigen versch. Anzeigen bedingen die Berechnung des Anzeigenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend die Erfüllungsorte festgesetzt sind, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Reichen, für das
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. **Sonnabend den 23. März 1918.** Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 69. **Sonnabend den 23. März 1918.** 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Beginn der deutschen Offensive im Westen.

Daimler.

Der Reichstag steht vor dem Beginn seiner Osterpause; aber vorher will er sein Gewissen noch beruhigen und ein abschließendes Wort über den Fall Daimler sprechen. Der Hauptauschuss hat sich einmütig in der Annahme von Anträgen zusammengesunden, die der Seeresverwaltung noch weitergehende Aufsichtsrechte gegenüber den Betrieben der Rüstungsindustrie einräumen wollen. Diese Anträge werden auch das äußerlich sichtbare Ergebnis der Vollerhebungen darstellen. Daneben laufen aber die gerichtlichen Untersuchungen her: einmal in Stuttgart, wo geprüft wird, ob gegen die Leitung der Daimlerwerke die Anklage wegen Kriegswunders und Betrugsversuch erhoben werden kann, und außerdem beim Reichsgericht in Leipzig, das mit der Frage beauftragt worden ist, ob in der Drohung der Betriebsleitung, die Arbeit einzuschränken oder gar einstellen zu lassen, wenn nicht gewisse Forderungen bewilligt würden, der Tatbestand des verbotenen Landesverrats zu erblicken ist oder nicht. Es kann man sicher sein, daß alles in die Wege geleitet ist um das Unrecht, wenn und soweit es begangen ist, zur Verantwortung zu ziehen und seiner Wiederholung durch durchgreifende Mittel vorzubeugen. Einseitigen bleibt nur noch Raum für ein kurzes Nachwort, das natürlich den Ergebnissen der schwebenden Untersuchungen nicht vorgreifen soll.

Am wichtigsten erscheint uns die Feststellung, daß die Verfehlungen der Daimlerwerke eben nur dieser, nicht aber der ganzen deutschen Kriegsindustrie zur Last gelegt werden können. Das ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß weit über 90 von Hundert der mit Kriegslieferungen betrauten Firmen der Seeresverwaltung ohne weiteres auf Verlangen Einsicht in ihre Bücher gewährt oder alle erforderlichen Angaben zur Beurteilung ihrer Preisberechnungen gemacht haben. Die Aufsicht, die der Reichstag jetzt durch eine neue Bundesratsverordnung gewährleisten will, ist also in der erdrückenden Mehrzahl der Fälle bereits jetzt tatsächlich geübt worden. Wo Schwierigkeiten bereitet wurden, lagen zumeist auch Gründe vor, über die sich immerhin reden ließ, die, was nicht übersehen werden darf, im Frieden jedenfalls durchaus respektiert würden. Es sei nur an das Kapitel der Fabrikationsgeheimnisse erinnert, deren Offenlegung für einen sachmännisch erprobten Blick schon in Zahlen und Kalkulationsangaben gefunden werden kann, denen der Laie mit vollendeter Harmlosigkeit gegenüberstehen würde. Und der Leitung eines durch eigene Kraft zur Weltberühmtheit gelangten Unternehmens kann es keine rechte Verübung scheinen, daß diese Geheimnisse ja nicht der lieben Konkurrenz, sondern nur den staatlichen Behörden preisgegeben werden sollen. Denn in diesen Behörden arbeiten jetzt Hunderte und Tausende von Sachverständigen, die der Industrie angehören, und nach dem Kriege wieder zu ihr zurückkehren werden. Daraus ergibt sich zugleich, daß der Vorwurf der Seeresverwaltung ermangele der notwendigen Beratung durch Männer des praktischen kaufmännischen und in industriellen Lebens, nicht begründet ist. Es kann trotzdem einmal vorkommen, daß den militärischen Beschaffungsmännern ein Schnippchen geschlagen wird — wir sind nun einmal allzumal Menschen, und bei der ungeheuren Arbeitsfülle, die der Krieg und namentlich das Hindenburgprogramm über unsa Wirtschaftsleben ausgeschüttet hat, ist es völlig undenkbar, daß nicht hier oder da einmal etwas übersehen werden sollte. Den Schaden werden wir ruhig unter den all gemeinen Kriegslasten verbuchen können.

Eine ganz andere Sache ist es dagegen, wenn ein so hervorragende, in ihren technischen Leistungen glänzend bewährte Gesellschaft wie die Daimlerwerke direkt au Betrag ausgehen und ihre Täuschungsabsichten gar noch mit erpresserischen Drohungen nachdrücklich unterstützen. Der Fall klingt so ungeheuerlich, daß man wirklich geneigt war, ihn einfach für unmöglich zu halten. Die deutsche Öffentlichkeit hat schon manchmal aufsehen erregende Anklagen, die im Reichstage erhoben wurden für bare Münze genommen und sich nachher doch davon überzeugen müssen, daß sie irreführend worden war. Auch hier haben sich alsbald Stimmen vernehmen lassen, die vor einer vorschnellen Beurteilung der Gesellschaft warnen; die darauf verwiesen, daß sie schon im Frieden reiche Früchte ihrer Arbeit und Erfindungen ernten konnte, dabei aber stets auf Stärkung ihrer finanziellen Grundlagen bedacht war; die geltend machten, daß Daimler ebenso wie die ganze deutsche Kriegsindustrie von der Seeresleitung zu bis dahin unerschönten Höchstleistungen angeporrt worden war, bei denen die Preise kein Hindernis bilden durften die endlich auch feststellen, daß die Stuttgarter Firma bis zuletzt, bis zum heutigen Tage ihre Erzeugnisse immer noch erheblich billiger lieferte als die gesamte Konkurrenz von der sie auch in der Güte und Leistungsfähigkeit bei

Fabrikate durchaus nicht übertroffen worden ist. Das alles wird man billigerweise festhalten müssen, wenn der Zeitpunkt für das Endurteil über das Gebahren der Firma gekommen ist. Sie wird ihrem verdienten Schicksal nicht entgehen, dafür ist jetzt unter allen Umständen gesorgt. Aber ihren etwaigen Verfehlungen stehen auch unbestritten Verdienste gegenüber, die nicht einfach mit einem Bescheid strich auszulöschen sind.

Und was die Hauptsache ist: die deutsche Industrie hat durch diesen Fall von ihrer strahlenden Größe nicht eingebüßt. Sie kann noch wie vor stolz sein auf ihre Mitwirkung im Kampfe gegen unsere Feinde, und so lange dieser auch noch dauern mag, sie wird auf dem Posten bleiben, bis wir am Ziel unserer Wünsche angekommen sind.

Russlands Delegation in Berlin.

Überreichung des Friedensvertrages.

Berlin, 21. März.

Die Abordnung des russischen Rates der Volkskommissare, die den ratifizierten Friedensvertrag der Reichsregierung überbringt, ist gestern abend hier eingetroffen. Sie besteht aus den Herren Petrov, Stabstapian Carlöbe und des Volkskommissare Bonlamp und Pausmann.

Trotz aller Widerstände der unentwegten Duerklopp im Volkskommissariat ist der Friede von der Verammlung der Sowjets gutgeheißen und das Instrument ist nun nach Berlin gelangt worden. Es ist nun zu hoffen, daß wir bald wieder mit Russland zu korrekten Beziehungen kommen. Dazu ist mit dem Eintreffen der russischen Delegation der Anfang gemacht.

Der deutsch-ukrainische Vertrag genehmigt.

Wie aus Kiew gemeldet wird, hat die kleine Rada der Ratifikation des Friedensvertrages zwischen Deutschland und der ukrainischen Volksrepublik zugestimmt.

Der Vertreter der Ukraine im deutschen Reich, Herr Sjebold, ist bereits in Berlin eingetroffen. Der frühere Botschafter Frhr. v. Mumm, der Deutschland in der Ukraine vertritt, ist bereits vor einigen Tagen in Kiew eingetroffen. Damit sind die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen uns und der Ukraine hergestellt.

Die Friedensabstimmung im Moskauer Kongress.

Nach den Mitteilungen des Führers Petrov der in Berlin weilenden russischen Delegation setzte sich der Moskauer Kongress der sich für den Frieden aussprach, aus 796 Bolschewiken, 8 sozialistischen Ukrainern, 284 Sozialrevolutionären der Linken, 24 Kadetten und 29 Sozialisten des revolutionären Zentrums, 11 Internationalisten, 27 Menschewiki und 17 Wilden zusammen. Für die Ratifikation des Friedensvertrages stimmten 724, dagegen 276, 18 enthielten sich der Stimme und 71 fehlten.

Die Lage in Russland.

Nach russischen Meldungen ist Trozki jetzt Kriegsmittler in Moskau. Vermittlungen der Volkskommissare erklären es für einen Fehler, daß die militärische Verwaltung in die Hände der Räte gelegt wurde. Die ganze Armee sei nun verloren und die Aufstellung einer neuen werde Jahre dauern. Nach Aussagen höherer russischer Offiziere plant der frühere Marineminister Wjensko den Kampf unabhängig von der Entscheidung der Volkskommissare fortzusetzen. Seine Abteilung soll immer nur 8000 bis 10000 Mann stark sein.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch verhaftet?

Die "Kowaja Zina" erfährt aus Tiflis, daß der auf seinen Gütern im Kaukasus sich aufhaltende Großfürst Nikolai Nikolajewitsch plötzlich verschwunden sei. Die Zeitung nimmt an, daß er im Zusammenhang mit der in den letzten Tagen entdeckten gegenrevolutionären Bewegung verhaftet worden ist.

Unsere Fliegererfolge im Monat Februar.

Im Monat Februar verloren unsere Gegner durch unsere Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 138 Flugzeuge und 18 Fesselballone. Wir übten durch feindliche Feuerkraft 61 Flugzeuge und 3 Fesselballone ein; davon sind 26 jenseits unserer Linien geblieben, die übrigen über unserem Gebiet zerstört worden.

Auf die Westfront allein entfallen von den 138 feindlichen Flugzeugen 132, von den deutschen 58. 108 der feindlichen Flugzeuge wurden im Luftkampf, 26 durch Abwehrgeschütze abgeschossen, 6 landeten unfreiwillig hinter unseren Linien. 69 sind in unserem Besitz. Die übrigen sind jeweils unserer Linien erkennbar abgesetzt.

Der Schiffsraub des Verbandes.

Amerika nimmt die holländischen Schiffe.

Wie Reuters meldet, hat Präsident Wilson eine Erklärung veröffentlicht, die zur Verhängung der 4-tägigen Schiffe ermächtigt.

Der Schritt wurde angeblich getan, weil das Kriegsmarineamt erfahren hatte, daß Holland das amerikanische Ultimatum ablehne. Mit diesem Gewaltakt Wilsons verliert Holland etwa 800 000 T. Schiffraum. Besser vermochte Wilson die Welt nicht zu überzeugen, daß er für Recht und Freiheit aller Völker in den Kampf gezogen sei, als durch diesen unerhörten Raub.

Hollands Bedingungen unannehmbar.

Nach den Erklärungen englischer und französischer Blätter will der Verband die ihm von Holland gestellten Bedingungen auf keinen Fall annehmen: 1. das Verbot des Transports von Truppen oder Kriegskonterbande auf den im Dienst der Entente stehenden holländischen Schiffen; 2. das Verbot der Bewaffnung dieser Schiffe.

Mit der ihm eigenen Brutalität wird England ohne auf die holländischen Einwände zu achten, also die Schiffe wegnehmen und nach Südbanken benutzen, ganz so wie es in Deutschland vorhergesagt worden ist. Es wird niemand überreden, wenn Deutschland entsprechende Maßnahmen trifft.

Schweden und die Westmächte.

Nach Londoner Meldungen soll zwischen der Entente und Schweden in naher Zukunft ein allgemeines Abkommen geschlossen werden. Im Zusammenhang damit würden Vereinbarungen getroffen werden, die Schweden endgültig Erleichterungen für die Erlangung von 100 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Mais und 50 000 Tonnen Hafer sichern. Die Weizenlieferungen würden im April und Mai vor sich gehen, die von Mais und Hafer später. Es verheißt sich, daß dies nicht die Gesamtmenge der von den Alliierten gelieferten Vorräte sei, und daß Schweden weitere Vorräte an Lebensmitteln nach einiger Zeit werde erwerben können. — Natürlich muß Schweden diese Lieferungen mit — Schiffraum bezahlen. Wir aber haben die Gewißheit, daß alle diese Hilfsmittel England wenig nützen werden. Sie können den Krieg verlängern, zugunsten Englands wenden können sie ihn nicht. Dafür sorgen unsere U-Boote.

Kurland, Livland, Estland.

Zukunftreiche Erntegebiete.

Die jetzt von der Schreckensherrschaft der Bolschewiki befreiten ehemals russischen Gebiete Kurland, Livland und Estland sind ohne Zweifel zukunftsreiche Erntegebiete. Das zeigt ein Vergleich mit den preussischen Provinzen

